

Haushaltsrede der CDU-Gemeinderatsfraktion 2019

Frau Oberbürgermeisterin, Herren Bürgermeister Riemer und Wörner, meine Damen und Herren des Gemeinderats und der Verwaltung, liebe Zuhörer,

„Der Staat darf nicht lenken; er soll Bedingungen schaffen, aber nicht Individualitäten formen.“ Mit diesem Zitat des ehemaligen US-Präsidenten Thomas Woodrow Wilson möchte ich meine diesjährige Haushaltsrede einleiten. Der Staat soll nach seiner Auffassung also Rahmenbedingungen schaffen, die es den Bürgern ermöglichen, sich frei zu entfalten, er schreibt aber seinen Bürgern keine Verhaltensweisen vor.

Hinter uns liegen zehn wirtschaftlich insgesamt sehr gut verlaufene Jahre. Der Aufschwung der Weltwirtschaft hat auch einer exportorientierten Nation wie Deutschland zu einem stetigen Wirtschaftswachstum und zu ständig steigenden Einnahmen des Staates verholfen. So stiegen die Staatseinnahmen von 2009 bis 2018 um rund 41%, während die Wirtschaft im gleichen Zeitraum um nur 22% gewachsen ist. Somit nimmt der Staat einen immer größer werdenden Anteil der Wirtschaftsleistung für sich in Anspruch – aktuell liegt die Staatsquote, also der Anteil des Staates am BIP, bei 46,4%.

Ist dies in einer sozialen Marktwirtschaft eine positive oder eine negative Entwicklung?

Positiv ist, dass es der Stadt gelungen ist, aufgrund der guten Einnahmensituation die Schulden im Kernhaushalt praktisch ganz abzubauen. Im Finanzplanungszeitraum können die vom Gemeinderat gesetzten Leitplanken einer maximalen Verschuldung im Kernhaushalt in Höhe von maximal 16,4 Mio. Euro eingehalten werden. Allerdings soll sich die Verschuldung im Haushalt der Stadtwerke bis Ende 2021 gegenüber 2018 nahezu verdoppeln soll – hier stehen Schulden von mehr als 20 Mio. Euro, so dass der städtische Gesamthaushalt eine

Verschuldung von mehr als 37 Mio. Euro aufweist! Dies ist weit von dem entfernt, was man als nachhaltig bezeichnen kann. Durch die zunehmende Übertragung von Aufgaben auf die Stadtwerke bzw. die Erschließung neuer Aufgaben, die die Stadt wahrnehmen möchte, sollte die städtische Verschuldung weder ansteigen noch in einen Nebenhaushalt verschoben werden!

Trotz niedriger oder sogar Negativzinsen sollten wir nicht weiter in die Versuchung geraten, in eine Neuverschuldung einzusteigen. Die Wirtschaft steckt zwar in einer Rezession, doch vor allem muss sie einen Strukturwandel bewältigen, insbesondere in der Autoindustrie.

Wenn selbst in Zeiten sprudelnder Einnahmen Schulden aufgenommen werden sollen, stellt sich die Frage, ob die Stadt nicht zu viele Ausgaben und Aufgaben an sich zieht. Angesichts eines nach wie vor vorhandenen Investitionsstaus bei öffentlichen Gebäuden und noch viel mehr bei der Verkehrsinfrastruktur stellt sich zudem die Frage, ob die Stadt nicht oftmals die falschen Aufgaben übernimmt und deswegen nicht mehr genug Geld für die Erfüllung der öffentlichen Kernaufgaben bleibt!

Insofern halten wir Aufgaben- und damit Ausgabenkritik für dringend erforderlich. Bei vielen Aufgaben ist die Stadt aufgrund von gesetzlichen Vorgaben dazu verpflichtet. Doch gerade bei den Aufgaben, die die Stadt freiwillig, also über ihre gesetzliche Verpflichtung hinaus übernimmt, lohnt sich ein genauerer Blick. Wenn die Stadt eine Leistung an sich zieht bzw. übernimmt, so sollte dies unter zwei Voraussetzungen erfolgen:

- 1.) Kann eine Aufgabe durch Private nicht erbracht werden?
- 2.) Kann die Stadt diese Aufgabe besser als Private?

Handlungsfeld Wohnraum: Bereits im Jahre 2012 zeichnete sich eine große Knappheit an Wohnraum in Kirchheim ab. Auf diese wurden wir in zahlreichen Gesprächen mit Bürgern dieser Stadt und den in der Immobilienwirtschaft Tätigen aufmerksam gemacht. Auf dem Markt tauchte also das Signal auf: Wohnraum wird knapp, deshalb steigen die Preise. Wie reagierte die Stadt? Zunächst gar nicht, es gebe ja genug Baulücken und durch die demographische Entwicklung würden in den nächsten Jahren so viele Wohnungen an den Markt kommen, dass wir sogar mit Leerständen umgehen müssten. Die Preise stiegen weiter und weiter, bis auch in Verwaltung und bei einer Mehrheit im Gemeinderat ein Umdenkprozess stattfand.

Nun sollen in den nächsten Jahren 1.300 Wohneinheiten geschaffen werden, was wir grundsätzlich begrüßen. Allerdings sollen die meisten dieser Wohnungen im Geschosswohnungsbau entstehen und bewegen sich dort oft im hochpreisigen Segment. Somit ziehen diese Wohnungen vor allem eine gutsituierte Klientel an, die sich häufig in der Nach-Familienphase befindet und für das Alter eine stadtnahe Wohnung sucht. Wir fragen uns jedoch: Wie viele Kinder werden einmal im Steingauquartier wohnen und nicht nur als Enkel auf Besuch dort sein?

Was uns nach wie vor fehlt, ist, dass auf die Wohnbedürfnisse von Erwerbstätigen verstärkt eingegangen wird: Der Einpendlerüberschuss von 2.000 Personen täglich bedeutet häufig, dass Menschen hier in der Stadt zwar einen Arbeitsplatz, aber keinen Wohnraum gefunden haben. Erwerbstätige mit mittlerem Einkommen suchen Wohnungen, für die sie nicht mehr als ein Drittel ihres Einkommens, sei es für die Miete oder sei es - im Falle des Erwerbs - für die Kreditrate ausgeben müssen. Auch die Knappheit an Personal in der Bauverwaltung wirft die Frage auf, ob die Stadt auch noch Aktivitäten im Wohnbau an sich ziehen soll. Kennt denn die Stadt die Bedürfnisse der Wohnungssuchenden besser als diese selbst? Kann die Stadt also den Bedarf, in welchen Wohnungen die Menschen leben möchten, verlässlicher befriedigen als der Wohnungsmarkt es tun könnte? Dabei tut sich die Stadt schon schwer, den Bedarf an Kindergartenplätzen verlässlich vorzusehen, weil Preise als Knappheitssignale fehlen. Sind politisch festgesetzte Höchstpreise geeignet, Knappheiten am Wohnungsmarkt zu beseitigen? Wir müssen Wohnraum auch für Menschen mit geringem Einkommen schaffen, und zwar durch mehr Bautätigkeit und nicht durch mehr Umverteilung wie durch die sogenannte Sozialbauverpflichtung. Auch nach Einfamilienhäusern gibt es nach wie vor eine rege Nachfrage – die Preise für Baugrundstücke, wenn sie denn mal an den Markt kommen, sprechen eine klare Sprache, ebenso wie die Tatsache, dass viele Umlandgemeinden Kirchheims in den letzten Jahren sehr erfolgreich Wohnangebote für Familien geschaffen haben. Diese Menschen nutzen die Infrastruktur eines Mittelzentrums wie Kirchheim, doch tragen sie vor allem zur Finanzierung der Umlandgemeinden bei – sei es über den kommunalen Anteil an der Einkommenssteuer oder über die Schlüsselzuweisungen des Landes.

Zugleich zieht die Nutzung der Infrastruktur Kirchheims wie Schulen, Ärzte, Behörden, Einkaufs- und kulturelle Angebote Mobilitätsbedürfnisse nach sich:

Verkehr: Dabei ist der Zustand unserer Straßen zum Teil sehr schlecht und die Kapazität derselben bei weitem nicht mehr ausreichend. Der ÖPNV wurde in den letzten Jahren ausgebaut und insbesondere die S-Bahn hat sich zum Erfolgsfaktor entwickelt. Doch zu den Stoßzeiten ist auch unsere ÖPNV-Infrastruktur am Rande ihrer Kapazität. Deshalb halten wir einen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur – sowohl beim ÖPNV als auch bei den Straßen - für dringend geboten. Zum einen, weil eine hoch entwickelte Wirtschaft, die sich durch einen hohen Grad an Arbeitsteilung auszeichnet, entsprechende Mobilitätsbedürfnisse nach sich zieht. Zum anderen, weil das Auto gerade vielen älteren Menschen in unserer Stadt noch ein selbständiges Leben und damit ein Stück Teilhabe ermöglicht. Es ist richtig, den Radverkehr zu fördern, jedoch nicht, indem Autofahrer gegängelt werden, sondern indem es attraktive Angebote für alle Arten von Mobilitätsbedürfnissen gibt. Um auf das Eingangszitat zurückzukommen: Die Stadt schafft Rahmenbedingungen, aber sie schreibt den Menschen nicht vor, wie sie ihre Mobilität ausgestalten sollen. Nicht zuletzt sollten wir uns bewusst sein, dass das Auto kein Feindbild ist, sondern ein Stück Lebensqualität und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der gutbezahlte Arbeitsplätze schafft, für technologischen Fortschritt sorgt und noch eines der weniger werdenden Produkte „Made in Germany“ mit Weltgeltung darstellt. Ich zitiere den früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel: „Und wenn die Autoindustrie einmal keine Flächen mehr braucht, dann sind das nicht die guten Zeiten.“

Wenn es um das Thema **Klimaschutz** geht, dann rückt vor allem die Mobilität in den Fokus. Doch weder Weltuntergangsszenarien noch Ignoranz sind angebracht, wenn es darum geht, Lebensbedingungen und –chancen für künftige Generationen zu erhalten. Dies muss nicht heißen, dass wir heute allein Wohlstand aufgeben müssen, um nachhaltig zu handeln, sondern dass wir die Erträge unseres Wohlstands sinnvoll investieren: die Automobilindustrie ihre Gewinne für neue Antriebskonzepte, die öffentliche Hand ihre sprudelnden Steuereinnahmen in eine zukunftsfähige Infrastruktur. Unternehmen können jedoch nur dann in Zukunftstechnologien und in den Strukturwandel investieren, wenn sie in der Gegenwart Gewinne machen! Die öffentliche Hand kann nur dann investieren, wenn es den Unternehmen und den Menschen in diesem Land gut geht!

Klimaschutz hat einen Preis, doch wir können und dürfen Klimaschutz nicht um jeden Preis wollen, sondern die Wirtschaftlichkeit und die sozialen Wirkungen müssen bei

allen Maßnahmen beachtet werden. Hilft es dem Weltklima mehr, wenn die Stadt ihr Geld in Windkraftanlagen auf der Ostalb anlegt, oder wenn sie Maßnahmen zum Umweltschutz vor Ort anstößt und durchführt? Steigen mehr Menschen vom Auto aufs Fahrrad um, wenn Straßen verschmälert werden, Radfahrer mit 40-Tonnern eine Fahrbahn teilen sollen und Hindernisse wie Buskaps eingebaut werden, oder wenn sie ein attraktives Angebot an sicheren Radwegen vorfinden?

Es drängt sich der Eindruck auf, dass gerade das Thema Klimaschutz sehr häufig für eine ideologisch aufgeladene Symbolpolitik herhalten muss, der konkrete Nutzen der Maßnahmen jedoch oftmals gar nicht messbar oder sogar kontraproduktiv ist.

Bei den Investitionen im Hochbau muss erst die Bugwelle an Maßnahmen in Höhe von rund 25 Mio. Euro, die die Stadt vor sich her schiebt, abgearbeitet werden, bevor neue Projekte begonnen werden. Auch die Knappheit an Personal in der Bauverwaltung wirft die Frage auf, ob die Stadt auch noch Aktivitäten im Wohnbau an sich ziehen soll, die genauso gut durch Private bzw. in Kooperation mit Privaten erfüllt werden können. In Kirchheim mangelt es nicht an Bauwilligen, sondern an Bauplätzen! Zudem stellt sich die Frage, ob die Sanierung eines als Gasthaus genutzten Gebäudes mit Steuergeldern den Notwendigkeiten in unserer Stadt entspricht –so werden die erforderliche Sanierung der NWT-Räume an den Gymnasien oder auch des Technischen Zentrums mal wieder auf die lange Bank geschoben.

Die Stadt investiert in einen überhitzten Markt für Bau- und Handwerkerleistungen hinein. Gerade deshalb ist es wichtig, die Prioritäten richtig zu setzen.

Die Stadt muss also vor allem dort investieren, wo es Private nicht leisten können oder wollen, und das ist vor allem in den Bereichen der Verkehrs- und der Bildungsinfrastruktur sowie in Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Friedens, und des gesellschaftlichen Zusammenhalts, insbesondere zwischen den Generationen sowie im Umweltschutz. Wir setzen uns für eine familienfreundliche und generationengerechte Stadt ein, damit sich alle Altersklassen in Kirchheim wohlfühlen können- sei es durch die Schaffung von Wickelmöglichkeiten in öffentlichen Versammlungsstätten, Sitzgelegenheiten in der Innenstadt zum Verweilen oder auch die Anpassung der Ampelphasen für mobilitätseingeschränkte Personen. Zugleich sollten wir auch mehr Vertrauen in die Bürger dieser Stadt haben und weniger politisch steuern wollen, aber auch mehr Verantwortung von den Bürgern dieser Stadt einfordern, ihre Belange selbst zu regeln.

Die Finanzierung all unserer Ausgabenwünsche hängt von der Leistungsfähigkeit der **Wirtschaft** in unserer Stadt ab. Die Wirtschaft ist jedoch keine Kuh, die man nur melken kann, sondern wir müssen auch Platz, sprich Gewerbeflächen schaffen, dass sie sich gut entwickeln kann. Der hohe Bedarf an Flächen schon bei den hier in der Stadt ansässigen Unternehmen gebietet rasches Handeln und nicht selbstgefälliges Zuwarten, wie es beim Wohnbau geschehen ist.

Wir bedanken uns an erster Stelle bei all den Gewerbetreibenden und Arbeitnehmern in dieser Stadt für ihre tägliche Leistung, die erst dazu führt, dass die Stadt über genug Geld verfügt, um mehr und auch weniger sinnvolle Projekte anzustoßen und Ausgaben meist, aber nicht nur, zum Nutzen der Stadt zu tätigen.

Zudem bedanken wir uns bei allen, die ihr haupt- oder ehrenamtliches Engagement zum Wohle dieser Stadt einbringen: Die Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die Mitglieder in Vereinen und Verbänden sowie in den Ortsteilen und Quartieren.

Für die CDU-Gemeinderatsfraktion: Dr. Thilo Rose

Anträge:

- 1) Erhöhung der Mittel für die Straßeninstandhaltung
- 2) Jährliche Sanierung von mindestens 3 Straßen in der Stadt
- 3) Aufnahme von Mitteln in den Finanzplan für die Sanierung der Haldenstraße und der Straße „In der Warth“, nachdem diese durch den Umleitungsverkehr stark in Mitleidenschaft gezogen werden.
- 4) Wir fordern eine Ampelphasenanpassung in der Max-Eyth-Straße/Alleenstraße sowie Stuttgarter Straße/Friedrichstraße, da mobilitätseingeschränkte Personen diese nicht in der eingestellten Zeit überqueren können.
- 5) Wir beantragen die Schaffung weiterer Fahrradabstellplätze in den Teilorten.
- 6) Wir fordern ein Parkkonzept der Innenstadt, da der Parkdruck in den Wohngebieten für die Anwohner unerträglich wird.
- 7) Neubesetzung der Verkehrskommission
- 8) Erhöhung der Mittel für mehr Sauberkeit in der Stadt
- 9) Wir beantragen die Anbringung von Pfandringen an den Mülleimern in der Kirchheimer Innenstadt.
- 10) Die Verwaltung berichtet dem Rat, welche Maßnahmen sie gegen die Graffiti-Beschmutzungen unternimmt.
- 11) Angesichts der Extremwetterereignisse fordern wir eine Erstellung eines Klimafolgenpassungskonzeptes inklusive Vulnerabilitätsanalyse.
- 12) Verbesserung des Hochwasserschutzes am Dupiggraben
- 13) Bericht: Möglichkeiten zum Verkauf von kleinflächigen Grünstreifen im Stadtgebiet
- 14) Wir beantragen die Einrichtung von Wickelmöglichkeiten in der Stadtbücherei, der Stadthalle und dem Rathaus.
- 15) Wir beantragen die Fortsetzung der Erstellung von dauerhaften Sitzmöglichkeiten in den Fußgängerzonen, welche zum Verweilen einladen.
- 16) Die Verwaltung stellt dar, welche Schritte sie hinsichtlich der Barrierefreiheit der öffentlichen Gebäude sowie in welchen zeitlichen Schritten sie die Barrierefreiheit der Bushaltestellen unternimmt.

- 17)Arbeitsgelegenheiten für Menschen in der Anschlussunterbringung schaffen
- 18)Beifügung der Jahresbilanz des Vorjahres und der Planbilanz für die Haushaltsjahre des Planungszeitraums zum Haushaltsplan.
- 19)Wir beantragen die Umsetzung eines schulübergreifenden kommunalen Medienentwicklungsplanes.
- 20)Die Verwaltung möge über die künftige ärztliche Versorgung in Kirchheim berichten und mit welchen Maßnahmen Ärzte in Kirchheim angeworben werden können.
- 21)Die Verwaltung berichtet, welche Anstrengungen sie hinsichtlich einer Ansiedlung bedeutsamer Bildungseinrichtungen unternimmt.